

Niederschrift öffentlicher Teil

Der Ausschuss für Finanzen und Ordnungsangelegenheiten führte seine Sitzung am Dienstag, dem 25.04.2023, im Sitzungsraum, Kellergeschoss, Verwaltungsgebäude, Ernst-Thälmann-Str. 10, Hansestadt Osterburg durch.

Beginn: 19:10 Uhr

Ende: 20:47 Uhr

Teilnehmer:

Anwesend:

Vorsitz

Handtke, Michael

Stimmberechtigte Mitglieder

Emanuel, Ina

Matzat, Sandra – ab 19:13 Uhr

Janas, Horst – ab 19:09 Uhr

Riemann, Dirk

Engel, Sven – ab 19:21 Uhr

Sachkundige Einwohner

Braune, Lothar

Günther, Enrico

Bürgermeister

Schulz, Nico

Verwaltungsangehörige

Kränzel, Detlef

Köberle, Matthias

Bielefeldt, Susanne

Gäste

Volksstimme

Abwesend:

Stimmberechtigte Mitglieder

Matz, Dirk

Beratendes Mitglied

Fritze, Mathias - entschuldigt

Sachkundige Einwohner

Behrends, Konrad

Leier, Peter

Siegmanski, Matthias - entschuldigt

Müller, Sabrina - entschuldigt

Bestätigte Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder, der Beschlussfähigkeit und eventueller Mitwirkungsverbote
2. Entscheidung über Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift des öffentlichen Teiles der Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Ordnungsangelegenheiten vom 14.03.2023
4. Vereidigung eines sachkundigen Einwohners
5. Einwohnerfragestunde
6. Beschluss zur 1. Änderungssatzung der Satzung über die Straßenreinigung der Hansestadt Osterburg (Altmark) (Straßenreinigungssatzung) - Unterlagen werden nachgereicht -
Vorlage: III/2023/468
7. Beschluss zur 2. Änderungssatzung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Reinigung der Straßen in der Hansestadt Osterburg (Altmark) (Straßenreinigungsgebührensatzung) - Unterlagen werden nachgereicht -
Vorlage: III/2023/467
8. Beschluss zur Festlegung des zukünftigen Verwaltungssitzes der Einheitsgemeinde Hansestadt Osterburg (Altmark) - Unterlagen werden nachgereicht -
Vorlage: III/2023/464
9. Informationen aus dem Bereich Brandschutz
10. Informationen, Anfragen und Anregungen

Protokoll:

Öffentlicher Teil

1. **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder, der Beschlussfähigkeit und eventueller Mitwirkungsverbote**

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 19:10 Uhr und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Es sind 4 stimmberechtigte Mitglieder und 2 sachkundige Einwohner anwesend. Herr Handtke verweist auf die Verhaltensregeln bei bestehenden Mitwirkungsverböten.

2. **Entscheidung über Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung**

Die Tagesordnung des öffentlichen Teils wird ohne Änderung festgestellt.

Abstimmungsergebnis:

ungeändert beschlossen

Ja 4 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

3. Genehmigung der Niederschrift des öffentlichen Teiles der Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Ordnungsangelegenheiten vom 14.03.2023

Die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Ordnungsangelegenheiten vom 14.03.2023 wird ohne Änderungen genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

ungeändert beschlossen

Ja 4 Nein 0 Enthaltung 0

4. Vereidigung eines sachkundigen Einwohners

Der Bürgermeister vereidigt Herrn Enrico Günther und händigt ihm die entsprechenden Unterlagen aus.

Herr Handtke heißt Herrn Günther im Ausschuss für Finanzen und Ordnungsangelegenheiten herzlich willkommen.

5. Einwohnerfragestunde

Herr Handtke unterbricht die Sitzung für die Einwohnerfragestunde. Er stellt fest, dass keine Einwohner anwesend sind und geht wieder zur Tagesordnung über.

6. Beschluss zur 1. Änderungssatzung der Satzung über die Straßenreinigung der Hansestadt Osterburg (Altmark) (Straßenreinigungssatzung) - Unterlagen werden nachgereicht - Vorlage: III/2023/468

Zu diesem Tagesordnungspunkt erscheinen Frau Matzat um 19.13 Uhr und Herr Engel um 19:21 zur Sitzung. Es sind jetzt 6 stimmberechtigte Mitglieder anwesend.

Herr Handtke verliest den Beschlusstext und führt in die Thematik ein. Er erteilt Herrn Kränzel das Wort.

Herr Kränzel erläutert, dass aus den Ortschaften der Wunsch an die Verwaltung herangetragen wurde, die maschinelle Straßenreinigung in den Ortschaften einzuführen.

Es wurden entsprechende Angebote eingeholt. Demnach hätten sich Kosten für 23 Kehrtouren im Jahr (alle 2 Wochen) mit 1.33 € pro laufenden Meter pro Jahr ergeben.

Auf Grundlage dieser Kalkulation wurden die Ortschaftsräte der Hansestadt Osterburg angehört und seitens der Verwaltung darauf hingewiesen, dass eine allgemeine Erhöhung der Straßenreinigungsgebühr aufgrund der aktuellen Preisentwicklungen anzunehmen ist.

Final hat sich der Ortschaftsrat Walsleben sowie der Ortschaftsrat Krevese für die Einführung der maschinellen Straßenreinigung in den Ortsteilen Walsleben und Krevese entschieden.

Herr Kränzel erläutert abschließend die vorgenommenen Änderungen in der Satzung.

Herr Handtke bedankt sich für die Ausführungen und fasst abschließend zusammen, dass der Wunsch der Ortschaften in der Satzung niedergeschrieben ist. Er wundert sich, dass Flessau sich doch gegen die maschinelle Straßeneinigung entschieden hat.

Herr Kränzel erläutert, dass Flessau keine Straßenreinigung gewünscht hat und eine maschinelle Straßenreinigung nur für den Ortsteil Wollenrade unwirtschaftlich ist.

Der Bürgermeister fügt hinzu, dass es ein schwieriger Diskussionsprozess war, der aber nun ein ruhiges Ergebnis nach sich zieht. Er verdeutlicht, dass die anderen Ortschaften nun jederzeit sich noch für eine maschinelle Straßenreinigung entscheiden können.

Herr Janas ergänzt, dass Flessau sich nicht wegen den Preisen dagegen entschieden hat, sondern vielmehr der Umstand, dass nur die Reinigung der Gosse erfolgt. Diese ist unterschiedlich ausgebaut. Hinzu kommen Probleme aufgrund vorhandener Sandstreifen.

Weitere Fragen und Anregungen gibt es nicht.

Der Ausschuss für Finanzen und Ordnungsangelegenheiten leitet die Beschlussvorlage III/2023/468 einstimmig an den Hauptausschuss weiter.

Beschlusstext:

Der Stadtrat der Hansestadt Osterburg (Altmark) beschließt die 1. Änderungssatzung der Hansestadt Osterburg (Altmark) über die Straßenreinigung in der Hansestadt Osterburg (Altmark) (Straßenreinigungssatzung)

Abstimmungsergebnis:

ungeändert beschlossen
Ja 6 Nein 0 Enthaltung 0

7. Beschluss zur 2. Änderungssatzung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Reinigung der Straßen in der Hansestadt Osterburg (Altmark) (Straßenreinigungsgebührensatzung) - Unterlagen werden nachgereicht - Vorlage: III/2023/467

Herr Handtke verliest den Beschlusstext und erteilt Herrn Kränzel das Wort.

Der Kämmerer erläutert, dass der Rechnungsbetrag für die maschinelle Straßenreinigung zum 01.01.2023 um 10 Prozent erhöht wurde, da die Stadtwerke den Preis aus 2022 nicht mehr halten konnten. Da die Preise in der Einheitsgemeinde Hansestadt Osterburg (Altmark) einheitlich sein sollen, ist die Straßenreinigungsgebühr anzupassen.

Ab dem 01.07.2023 wird die maschinelle Straßenreinigung teilweise in den Ortsteilen Walsleben und Krevese eingeführt. Da dort die Reinigung nicht wie im Ortsteil Osterburg grundsätzlich wöchentlich, sondern lediglich vierzehntägig durchgeführt wird, ist es erforderlich geworden, dass für diese Bereiche eine gesonderte Reinigungsklasse geschaffen wird. Für diese Reinigungsklasse muss eine separate Gebühr festgesetzt werden.

Nach einer Äquivalenzziffernkalkulation ergeben sich folgende Gebühren:

Reinigungsklasse 1: 2,84729 EUR je Meter Front/Jahr

Reinigungsklasse 2: 1,42364 EUR je Meter Front/Jahr

Herr Kränzel bittet abschließend die Ausschussmitglieder das Wort „rückwirkend“ unter dem § 2 zu streichen. Um rechtliche Probleme zu vermeiden, wird die Satzung nicht rückwirkend in Kraft gesetzt.

Es gibt keine Fragen.

Der Ausschuss für Finanzen und Ordnungsangelegenheiten leitet die Beschlussvorlage III/2023/467 einstimmig an den Hauptausschuss weiter.

Beschlusstext:

Der Stadtrat der Hansestadt Osterburg (Altmark) beschließt die 2. Änderungssatzung der Hansestadt Osterburg (Altmark) über die Erhebung von Gebühren für die Reinigung der Straßen in der Hansestadt Osterburg (Altmark) (Straßenreinigungsgebührensatzung).

ungeändert beschlossen
Ja 6 Nein 0 Enthaltung 0

8. Beschluss zur Festlegung des zukünftigen Verwaltungssitzes der Einheitsgemeinde Hansestadt Osterburg (Altmark) - Unterlagen werden nachgereicht - Vorlage: III/2023/464

Herr Handtke gibt einen kurzen Rückblick zur vorliegenden Beschlussvorlage, welche in der ersten Beratungsfolge zurückgestellt wurde. Der gebildete Arbeitskreis aus Bürgermeister, Ortsbürgermeister, Stadtratsvorsitzenden, Fraktionsvorsitzenden und Verwaltungsmitarbeitern hat sehr konstruktiv zusammengearbeitet.

Der daraus entstandene Lösungsvorschlag ist ein sehr guter Kompromiss nicht nur für den Haushalt.

Der Bürgermeister fügt hinzu, dass bereits seit 1994 der Beschluss zum Rathausstandort existiert. Der erste Abschnitt wurde umgesetzt, wo heute Standesamt, Einwohnermeldeamt, Bauamt und er als Bürgermeister untergebracht sind.

Aufgrund der finanziellen Lage der Stadt war eine weitere Umsetzung bisher nicht möglich. Der Bürgermeister erläutert kurz den erarbeiteten Vorschlag der Verwaltung zum zukünftigen Verwaltungssitz und reicht anschließend das Wort an Herrn Köberle weiter.

Herr Köberle erläutert anhand einer Präsentation die Sanierungsbedürftigkeit des Verwaltungssitzes in der Ernst-Thälmann-Straße sowie die Kennzahlen und Kostenschätzungen für die Herrichtung dieses Gebäudes. Anschließend stellt er den Ausschussmitgliedern die Grundrissvorschläge am Rathaus vor und die dazugehörigen Kosten und die Möglichkeiten der Förderung für beide Gebäude. Der Bauamtsleiter informiert, dass bereits Kontakt zum Wettbewerbssieger aufgenommen wurde und dieser sich bereit erklärt hat die abgespeckte Version des Rathausanbaus neu zu planen. Das soll in Zusammenarbeit mit einem Vorort ansässigen Planungsbüro als Partner erfolgen.

Der Bürgermeister betont, dass für den Rathausstandort bereits bewilligte Fördermittel vorhanden sind und es nunmehr darum geht, dass am Rathausstandort nur noch ein zusätzlicher Eigenanteil von ca. 380.000 € aufzubringen ist.

Herr Köberle ergänzt, dass nach Beschlussfassung durch den Stadtrat noch in diesem Jahr die Antragstellung auf Erweiterung des Rathauses erfolgen soll.

Der Bauausschuss hat diesem Vorschlag einstimmig mit 6 Ja-Stimmen zugestimmt. Die Wichtigkeit zur Entscheidung eines Standortes um Bewirtschaftungskosten einzusparen wurde erkannt. Außerdem war sich die Arbeitsgruppe einig, das Rathaus als historisches Gebäude und Sitz der Verwaltung nicht aufzugeben.

Auch Herr Köberle ist der Auffassung, dass der vorliegende Vorschlag zum zukünftigen Verwaltungssitz der beste Kompromiss ist.

Zur bereits an ihn herangetragenen Kritik zu den vorgestellten Kosten gibt Herr Köberle zu bedenken, dass erst mit Fortschreibung der Planung die wahren Kosten ersichtlich werden, für das Rathaus aber grundsätzlich die 2/3 Förderung steht auch wenn die Kosten steigen.

Herr Handtke hält den gewählten Weg für verständlich und absolut tragbar. Für ihn stellt es sich so dar, dass man lange nicht so nah an einer Umsetzung der Maßnahme war.

Auf Nachfrage von Herrn Engel, ob das Lies-Haus als Archiv genutzt werden soll, erläutert Herr Köberle die Notwendigkeit von vorhandenen Nebenräumen für Putzmittel und andere Gegenstände. Für ein Archiv im Lies-Haus wären neue

Fundament im Gebäude erforderlich. Das Lies-Haus soll mit minimalen Aufwand für die Nebenräume hergerichtet werden. Das Archiv soll im neuen Anbau untergebracht werden.

Herr Engel fragt nach der geplanten Dämmung und Versorgung mit Wärme am neuen Gebäude. Der Bauamtsleiter informiert, dass das Rathaus in diesem spätestens im nächsten Jahr einen Fernwärmeanschluss erhält. Welche Dämmung zum Einsatz kommen wird, werden erst die weiteren Planungen zeigen.

Herr Engel bittet darum die Präsentation zur Verfügung zu stellen. Herr Köberle wird veranlassen, dass diese spätestens zum Stadtrat in Session hochgeladen ist.

Frau Matzat ist froh, dass aufgrund ihrer Vorschläge zum Rathaus ein Verwaltungssitz gefunden werden konnte. Dennoch stellt sich ihr die Frage, wo zukünftig die Stadtratssitzungen stattfinden sollen.

Der Bürgermeister informiert über die vorhandenen Möglichkeiten für die Sitzungen des Stadtrates wie z. Bsp. der Schultreff, die Musikmarkthalle und die Aula der Anne-Frank-Schule. So wie der fehlende Saal am Verwaltungssitz wird auch die Parkplatzsituation ein Nachteil dieser Lösung sein, dennoch überwiegen die Vorteile für den Rathausstandort.

Frau Matzat hinterfragt noch einmal, welche Dinge im Lies-Haus untergebracht werden sollen. Herr Köberle antwortet, dass die Räumlichkeiten als Abstelllager für die verschiedensten Sachen wie Papierlager, Unterbringung von Fundfahrrädern oder auch für die Lagerung von Putzmitteln benötigt werden. Deshalb soll der Ausbau mit minimalen Aufwand erfolgen.

Herr Engel betont, dass das Haus auch endlich einer Nutzung unterzogen werden muss, da der Leerstand die Substanz nicht verbessert.

Weitere Fragen Anregungen und Hinweise gibt es nicht.

Der Ausschuss für Finanzen und Ordnungsangelegenheiten leitet die Beschlussvorlage III/2022/418 einstimmig an den Hauptausschuss weiter.

Beschlusstext:

Der Stadtrat der Hansestadt Osterburg beschließt, dass

1. nach Umbau und Erweiterung des Standortes Kleiner Markt 7 der zukünftige alleinige Verwaltungssitz der Kernverwaltung der Einheitsgemeinde Hansestadt Osterburg (Altmark) das historische Rathaus sein wird.
2. der Beschluss II/2018/447 – Umbau des Gebäudes Ernst-Thälmann-Str. 10 zum Hort der Grundschule Osterburg aufgehoben wird.

ungeändert beschlossen
Ja 6 Nein 0 Enthaltung 0

9. Informationen aus dem Bereich Brandschutz

Herr Handtke berichtet, dass auf mehrfachen Wunsch von Frau Matzat der Tagesordnungspunkt auf die Einladung gesetzt wurde. Herr Engel und Herr Kränzel werden über den derzeitigen Sachstand und die geplante Entwicklung berichten. Er erteilt Herrn Kränzel das Wort.

Herr Kränzel sagt eingangs, dass der Wehrleiter einen kurzen Bericht zum derzeitigen Stand in den Ortswehren geben wird. Anschließend wird Herr Kränzel zur Risiko- und Gefährdungsanalyse informieren. Abschließend richtet Herr Kränzel die Bitte an Frau Matzat näher zu definieren, was unter dem gewünschten Tagesordnungspunkt zukünftig abgehandelt werden soll. Er übergibt das Wort an Herrn Engel.

Herr Engel berichtet, dass die Führungspositionen in den Ortswehren Walsleben und Dobbrun neu besetzt werden konnten und damit beide Wehren in gutes Fahrwasser gebracht werden konnten.

Er berichtet über die Einsätze am Wochenende, informiert über die geplanten Stadtmeisterschaften am 06.05.2023 ab 08:30 Uhr in Flessau und lädt die Ausschussmitglieder zu den Stadtmeisterschaften ein.

Zu den Gerätehäusern berichtet Herr Engel, dass die Grundstücksangelegenheiten für die Kaltlagerhalle am Gerätehaus Osterburg geklärt werden konnten, für die Fahrzeughalle in Meseberg die Baugenehmigung erwartet wird und für das Gerätehaus Rossau weiterhin intensiv nach Lösungen gesucht wird.

Die Risiko- und Gefährdungsanalyse liegt zum Korrekturlesen vor. Hier werden ein paar Änderungen erforderlich sein. Herr Engel erläutert kurz die erarbeitete Alarmausrückordnung für Autobahnen.

Weiterhin informiert Herr Engel, dass die Dienste und Ausbildungen sowie Lehrgänge stattfinden. Insgesamt sind die Wehren gut aufgestellt.

Herr Kränzel ergänzt, dass die Kinder- und Jugendarbeit wieder aktiviert wurde und sowohl das Kinderfeuerwehrlager als auch das Jugendwehrlager stattfinden werden. Für die Kinderwehr geht es nach Flessau und für die Jugendwehr nach Wittenberge. Die Risiko- und Gefährdungsanalyse liegt vor. In den nächsten Wochen wird diese überarbeitet und angepasst. Dann erfolgt die Auseinandersetzung mit dem Landkreis und nach dessen Zustimmung dann abschließend die Beschlussfassung durch den Stadtrat.

Frau Matzat bedankt sich für die aktuellen Informationen und bittet darum die Risiko- und Gefährdungsanalyse nicht zu spät zur Verfügung zu stellen.

Sie schlägt vor eine Auswertung der Mitglieder in den Ortswehren in der nächsten Sitzung vorzustellen.

Herr Handtke legt fest das auf die Tagesordnung für die Sitzung nach der Sommerpause zu nehmen.

10. Informationen, Anfragen und Anregungen

Der Bürgermeister berichtet, dass Herr Köberle die Einsparungen aus den Energiesparmaßnahmen der Hansestadt Osterburg (Altmark) ermittelt hat. Er übergibt das Wort an Herrn Köberle.

Herr Köberle informiert wie folgt:

Für den Vergleichszeitraum konnten folgende Werte ermittelt werden:

Einsparung Strom

Rathaus	2.072 Kw/h = 14,84%
ETS	6.804 Kw/h = 16,32%

Einsparung Wärme

Rathaus	10.090 Kw/h = 13,57%
ETS	44.156 Kw/h = 17,81 %

Einsparung für Haushalt:

Strom =	ETS	3.050 €
	Rathaus	<u>1.041 €</u>
		4.091 €

Wärme =	ETS	2.350 €
	Rathaus	<u>425 €</u>
		2.775 €

Herr Köberle informiert die Ausschussmitglieder, dass das 2. OG wieder bezogen wurde. Bisher in Büroräumen genutzte Kühlschränke wurden abgeschafft und nur noch ein Kühlschrank in der Küche des Verwaltungsgebäudes zur Verfügung steht. Das warme Wasser in den Sanitäreinrichtungen des Rathauses wird wieder angestellt. Der Bauamtsleiter informiert, dass die Auswertung der Energiesparmaßnahmen im Bereich der Straßenbeleuchtung sich schwierig gestaltet und entsprechende Informationen nachgereicht werden. Das Modell der Schaltung der Straßenlampen soll beibehalten werden.

Herr Günther möchte wissen, wie hoch die Einsparungen bei der Umstellung auf LED-Beleuchtung zu verzeichnen waren. Herr Köberle berichtet, dass diese bei 60% lag und das Fördermittelprogramm mit 100 % Förderung für die Kommunen leicht umzusetzen war.

Auf die Nachfrage von Herrn Riemann bezüglich des Krankenstandes aufgrund der Energiesparmaßnahmen antworten die Leiter, dass aufgrund von großzügig gewährtem Homeoffice diesbezüglich keine Probleme zu verzeichnen waren.

Herr Kränzel informiert über die vorliegende Haushaltsverfügung zum Haushaltsplan 2023. Diese wird den anwesenden in Papierform übergeben. Der Bürgermeister hat

den Stadtrat bereits in seiner letzten Sitzung darüber in Kenntnis gesetzt. Eine Mitteilungsvorlage war seitens der Kommunalaufsicht nicht gefordert.

Weiterhin informiert Herr Kränzel über die abgeschlossenen Prüfungshandlungen des Rechnungsprüfungsamtes. Am 20.04.2023 ist der Prüfbericht des Landkreises eingegangen. Die Beschlussvorlagen zur Entlastung werden derzeit vorbereitet und sollen noch vor der Sommerpause beginnend mit dem Ausschuss für Finanzen und Ordnungsangelegenheiten am 13.06.2023 abgehandelt werden. In Antwort auf die Anfrage von Herrn Leier in einer vorherigen Sitzung ob die Jahresabschlüsse alle in einer Sitzung abgehandelt werden sollen, erinnert Herr Kränzel daran, dass der Stadtrat beschlossen hat, die Jahresabschlüsse für die Jahre 2015 bis 2020 in vereinfachter Form aufzustellen. Im Ergebnis dieses Beschlusses war für die Jahre 2015 bis 2020 kein Rechenschaftsbericht und Anhang zu fertigen, sondern erst mit dem Jahresabschluss 2021. Aufgrund dessen wird Frau Fritze in der Sitzung zunächst die Ergebnisse des Prüfberichtes vorweg für alle Jahre erläutern. Anschließend sind die Beschlüsse zur Entlastung für jedes Jahr gesondert zu fassen. Im Herbst soll die Prüfung des Jahresabschlusses 2022 erfolgen.

Zum Rahmensponsoringvertrag mit der Krevese 17 GmbH informiert Herr Kränzel, dass in diesem Jahr 43 Anträge gestellt wurden mit einem Antragsvolumen von 88.170,50 €. Die Verteilung gestaltete sich dadurch sehr schwierig. Herr Kränzel sieht hier das Erfordernis neue Bewertungskriterien festzulegen ähnlich wie bei den anderen Zuwendungen. Das soll noch in diesem Jahr erfolgen, damit die neue Bewertungsmatrix dann für das Rahmensponsoring 2024 greifen kann.

Anfragen und Anregungen seitens der Ausschussmitglieder gibt es nicht.

Der Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 20:47 Uhr.

Michael Handtke
Vorsitzende/r

Susanne Bielefeldt
Protokollant